



# Das Europäische Jahr der Jugend: A little less talk, a little more action!

Von Johanna Edthofer, Paul Schmidt  
Wien, 22. März 2022  
ISSN 2305-2635

## Handlungsempfehlungen

1. „A little less talk, a lot more action“: Die europäischen Institutionen und die nationalen Regierungen müssen vom Reden ins Handeln kommen und konkrete Ergebnisse liefern mit dem Ziel, die europäische Glaubwürdigkeit – insbesondere bei der Jugend – zu stärken.
2. Um die (politische) Partizipation und das Engagement von Jugendlichen zu fördern, könnte – nach österreichischem Vorbild – eine Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre auch in anderen EU-Ländern angedacht werden. Die Herabsetzung des Wahlalters sollte von einer Strategie zur dauerhaften Einbindung der Jugendlichen in den politischen Prozess begleitet werden.
3. Alle 15- bis 20-Jährigen sollten einmal während ihrer Ausbildung nach Brüssel zu den EU-Institutionen reisen. Die Umsetzung dieses Bestrebens könnte dazu beitragen, die nächste Generation für europäische Politik zu sensibilisieren, ihr Interesse an der europäischen Demokratie zu wecken und sie auf diese Weise in die Weiterentwicklung der EU einzubinden.

## Zusammenfassung

Das Europäische Jahr der Jugend startete am 1. Jänner 2022 unter dem Motto „Für die Jugend. Mit der Jugend. Mit Ideen von der Jugend.“ Das Ziel dieses Jugendjahres ist es, junge Menschen und ihre Prioritäten in die politische Entscheidungsfindung einzubeziehen und jugendorientierte Aktivitäten in der gesamten Europäischen Union (EU) zu organisieren. Ein spannender europäischer Schwerpunkt darüber hinaus ist, dass vor allem benachteiligte junge Menschen im Rahmen eines neuen EU-Programmes namens ALMA (Aim, Learn, Master, Achieve) unterstützt werden sollen. Aktuelle Umfragedaten zeigen, dass Österreichs Jugendliche gegenüber der EU und auch der Konferenz zur Zukunft Europas mehrheitlich durchaus positiv eingestellt sind. Mehr als die Hälfte (56 Prozent) der 16- bis 29-Jährigen geben etwa an, dass die EU-Mitgliedschaft v. a. Positives für das jeweilige Heimatbundesland

gebracht hat. 35 Prozent der Befragten im Alter von 16 bis 29 Jahren wollen sich auf jeden Fall in die Debatte zur Zukunft Europas einbringen, lediglich 8 Prozent schließen eine Teilnahme kategorisch aus. Beinahe die Hälfte der befragten Jugendlichen will sich nur beteiligen, wenn die Konferenz zur Zukunft Europas zu konkreten Ergebnissen und Reformen führt. Die grundsätzlich positive EU-Stimmung der österreichischen Jugend und ihre relativ hohe Bereitschaft, sich an der Konferenz zur Zukunft Europas aktiv zu beteiligen, sind Signale, die optimistisch stimmen sollten. Am Ende des Tages sollte das Europäische Jahr der Jugend aber auch konkrete Ergebnisse liefern, beispielsweise eine Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre in der gesamten EU, die Einführung einer „Jugendquote“ – zumindest für das Europäische Parlament – oder auch Bildungsreisen nach Brüssel für alle 15- bis 20-Jährigen.



# Das Europäische Jahr der Jugend: A little less talk, a little more action!

## Corona und die besondere Betroffenheit von Jugendlichen

Die COVID-19-Pandemie stellt Europa immer noch vor große Herausforderungen, obwohl sie in letzter Zeit vom Krieg in der Ukraine medial in den Hintergrund gedrängt wurde. Die Maßnahmen, die gesetzt wurden um sie einzudämmen, betrafen bzw. betreffen mit wiederkehrenden Lockdowns, Reise- und Ausgangsbeschränkungen und insbesondere der Schließung von Schulen, Universitäten, Jugendzentren und Sportvereinen, des Handels und der Gastronomie zwar die gesamte Bevölkerung, aber junge Menschen ganz besonders. Schon die Finanz- und Wirtschaftskrise des Jahres 2007/2008 und ihre Auswirkungen in Europa ab dem Jahr 2009 schränkten die Lebenschancen junger Menschen stark ein. Vor allem in den südlichen Ländern der Europäischen Union (EU) – Griechenland, Spanien und Italien – befürchtete man schon damals, dass eine „verlorene Generation“ heranwachsen könnte.<sup>1</sup> Allerdings auch der Klimawandel und seine teilweise verheerenden Folgen hängen wie ein Damoklesschwert über der Zukunft der jungen Generation. Dazu kommt die russische Invasion in der Ukraine, die die gesamte europäische Sicherheitsarchitektur mit einem Schlag verändern wird und auch die Wirtschaftsentwicklung Europas, Wachstum und Beschäftigung, massiv beeinträchtigen könnte. Diese Entwicklungen werden auch das Leben und die Perspektiven von jungen Menschen negativ beeinflussen.

**„Corona hat zu einem weiteren Auseinanderdriften der Bildungschancen und damit der Lebensperspektiven von Kindern und Jugendlichen aus unterschiedlichen sozialen Milieus geführt.“**

1) <https://www.handelsblatt.com/politik/international/jugend-arbeitslosigkeit-die-verlorene-generation/14643708.html?ticket=ST-7709349-uce7UPQB6d6QvyazsSQ5-ap4>

Schon jetzt ist die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen durch die Folgen der Pandemie schwer angeschlagen. Einer Studie der Donau-Universität Krems zufolge, haben sich depressive Symptome, Angstsymptome aber auch Schlafstörungen bei Jugendlichen in Österreich zwischen 14 bis 20 Jahren verfünff- bis verzehnfacht. 62 Prozent der Mädchen und 38 Prozent der Jungen wiesen im Winter 2021 eine mittelgradige depressive Symptomatik auf.<sup>2</sup> Der jüngste EU-Jugendbericht der Europäischen Kommission, vom 14. Oktober 2021, kommt zu dem Schluss, dass sich die COVID-19-Pandemie negativ auf die Ausbildungs- sowie Arbeitschancen von jungen Menschen und damit auch negativ auf ihre psychische Gesundheit auswirke.<sup>3</sup> Die COVID-19-Pandemie führte gerade bei jungen Menschen häufig zu einer Unterbrechung der Ausbildung, zum Verlust von Arbeitsplätzen, dem Schwinden von Karrierechancen und zu sozialer Isolation. Die Jugendarbeitslosigkeit stieg in der EU-27 vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie von 11,9 Prozent im Jahr 2019 auf 13,3 Prozent im Jahr 2020 an.<sup>4</sup> Der Übergang zum Fernunterricht hat sich darüber hinaus unverhältnismäßig negativ auf diejenigen ausgewirkt, die ohnehin bereits benachteiligt waren. So hat Corona zu einem weiteren Auseinanderdriften der Bildungschancen und damit der Lebensperspektiven von Kindern und Jugendlichen aus unterschiedlichen sozialen Milieus geführt.<sup>5</sup> Die Wahrscheinlichkeiten eines Schul- bzw. Ausbildungsabbruches für ge-

2) [Studie zu Jugendlichen: Psychische Belastung „besorgniserregend“ - news.ORF.at](#)

3) [2022 ist „Europäisches Jahr der Jugend“ - Bundeskanzleramt Österreich](#)

4) [Register der Kommissionsdokumente - COM\(2021\)636 \(europa.eu\)](#)

5) <https://www.oegfe.at/policy-briefs/daseinsvorsorge-und-gesellschaftliche-arbeitsteilung-in-der-pandemie-was-hat-europa-gelernt/>



fährdete Lernende sind gestiegen. Nachdem in den Jahren zuvor der Anteil junger Menschen, die keine Schule besuchen, keiner Arbeit nachgehen und keine Berufsausbildung absolvieren (NEET) stetig zurückgegangen war, ist er 2020 wieder auf das Niveau von 2017 (13,7 Prozent) angestiegen.<sup>6</sup>

Dass Europas Jugend besonders stark von den negativen Folgen der COVID-19-Pandemie betroffen sei, betonte auch EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in ihrer zweiten Rede zur Lage der Union, am 15. September des letzten Jahres vor den Abgeordneten des Europäischen Parlaments. Man habe im Zuge des Kampfes gegen die COVID-19-Pandemie einiges von den Jugendlichen abverlangt, nämlich, dass sie nicht aus dem Haus gehen und dass sie nur Zuhause lernen dürften.<sup>7</sup> Vor diesem Hintergrund schlug sie darum vor, 2022 zum **„Europäischen Jahr der Jugend“ zu erklären: „Ein Jahr, das den jungen Menschen gewidmet ist und jene in den Fokus rückt, die für andere auf so vieles verzichtet haben.“**<sup>8</sup> Darüber hinaus müsse man die jungen Menschen Europas auch dafür gewinnen, sich aktiv in die Debatten der Konferenz zur Zukunft Europas einzubringen und sich auf diese Weise federführend an der Gestaltung der Zukunft Europas zu beteiligen: **„Es ist ihre Zukunft, und es muss ihre Konferenz sein.“**<sup>9</sup>

### Startschuss für das Europäische Jahr der Jugend

Am 22. Dezember 2021 wurde die von Kommissionspräsidentin von der Leyen in Aussicht gestellte Initiative zum Europäischen Jahr der Jugend offiziell vom Europäischen Parlament und dem Rat der EU

angenommen. Das Europäische Jahr der Jugend startete somit am 1. Jänner 2022 unter dem Motto „Für die Jugend. Mit der Jugend. Mit Ideen von der Jugend.“<sup>10</sup> Das Ziel des Europäischen Jahres der Jugend: Junge Menschen und ihre Prioritäten in die politische Entscheidungsfindung einzubeziehen und jugendorientierte Aktivitäten in der gesamten EU zu organisieren.<sup>11</sup> So will etwa die Europäische Kommission während des gesamten Jahres 2022 eine Reihe von Aktivitäten gemeinsam mit dem Europäischen Parlament, den EU-Mitgliedstaaten, regionalen und lokalen Behörden, Jugendorganisationen sowie den jungen Menschen selbst koordinieren. Dazu zählen Konferenzen, Veranstaltungen und Informationskampagnen.<sup>12</sup> Zudem sind auch Initiativen für mehr Jugendbeteiligung bei der Politikgestaltung, Sensibilisierungskampagnen für eine integrative, grüne und digitale EU sowie Studien und Forschungsarbeiten über die Situation junger Menschen in der EU geplant.<sup>13</sup>

**„Das Ziel des Europäischen Jahres der Jugend: Junge Menschen und ihre Prioritäten in die politische Entscheidungsfindung einzubeziehen und jugendorientierte Aktivitäten in der gesamten EU zu organisieren.“**

Ein weiterer spannender europäischer Schwerpunkt ist, dass vor allem benachteiligte junge Menschen im Rahmen eines neuen EU-Programmes namens ALMA (Aim, Learn, Master, Achieve) unterstützt werden sollen. Nach dem Vorbild des ERASMUS+ Programmes soll ALMA es dieser Gruppe von Jugendlichen ermöglichen, eine Zeit lang in einem anderen EU-Mitgliedsland Berufserfahrung zu sammeln, neue Kompetenzen zu erwerben, Kon-

6) [Register der Kommissionsdokumente - COM\(2021\)636 \(europa.eu\)](#)

7) [Rede der Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union \(europa.eu\)](#)

8) [Rede der Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union \(europa.eu\)](#)

9) [Rede der Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union \(europa.eu\)](#)

10) [2022 ist „Europäisches Jahr der Jugend“ - Bundeskanzleramt Österreich](#)

11) [2022 ist das Europäische Jahr der Jugend | Aktuelles | Europäisches Parlament \(europa.eu\)](#)

12) [2022 ist „Europäisches Jahr der Jugend“ - Bundeskanzleramt Österreich](#)

13) [Europäisches Jahr der Jugend 2022 zur Stärkung junger Menschen | Aktuelles | Europäisches Parlament \(europa.eu\)](#)



takte zu knüpfen und so letztlich eine europäische Identität zu entwickeln.<sup>14</sup>

**„Die Europaabgeordneten sorgen außerdem dafür, dass ein besonderer Schwerpunkt auf benachteiligte Jugendliche und auf die psychische Gesundheit von jungen Menschen gelegt wird.“**

Die Initiativen im Rahmen des Europäischen Jahres der Jugend werden insgesamt mit acht Millionen Euro unterstützt, die aus einer eigens hierfür beschlossenen Aufstockung des Programmes ERASMUS+ und des Europäischen Solidaritätskorps für das Jahr 2022 stammen.<sup>15</sup> Insbesondere die Abgeordneten des Europäischen Parlaments haben sich für diese Mittelaufstockung eingesetzt, um die Aktivitäten des Jugendjahres adäquat zu unterstützen.<sup>16</sup> Die Europaabgeordneten sorgten außerdem dafür, dass ein besonderer Schwerpunkt auf benachteiligte Jugendliche und auf die psychische Gesundheit von jungen Menschen gelegt wird.<sup>17</sup> Doch auch für das Europäische Jahr der Jugend gilt, dass die EU-Mitgliedstaaten nicht warten sollten, bis von europäischen Institutionen Projekte initiiert werden. Jede politische Ebene ist selbst gefordert hier mit gutem Beispiel voran zu gehen und gezielt Aktivitäten und Maßnahmen zu setzen.

### Zielsetzungen des Europäischen Jahres der Jugend

Die geplanten Aktivitäten sollen sich um die folgenden vier Ziele drehen<sup>18</sup>:

14) [Rede der Präsidentin von der Leyen zur Lage der Union \(europa.eu\)](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_6648)

15) [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_21\\_6648](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_6648)

16) [Europäisches Jahr der Jugend 2022 zur Stärkung junger Menschen | Aktuelles | Europäisches Parlament \(europa.eu\)](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_6648)

17) [Europäisches Jahr der Jugend 2022 zur Stärkung junger Menschen | Aktuelles | Europäisches Parlament \(europa.eu\)](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_6648)

18) [2022 – Europäisches Jahr der Jugend: Kommission startklar \(europa.eu\)](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_6648) & [2022 ist „Europäisches Jahr der Jugend“ -](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_6648)

1. Neue Chancen im digitalen und ökologischen Bereich aufzeigen: Vor dem Hintergrund der negativen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf junge Menschen sollen zum einen positive Zukunftsperspektiven wieder stärker ins Blickfeld gerückt werden. Zum anderen soll besonders hervorgehoben werden, welche Chancen der grüne und der digitale Wandel für junge Menschen bieten.
2. Partizipation und Engagement fördern: Jugendliche sollen ermutigt werden sich politisch einzubringen und zu engagieren – insbesondere junge Menschen aus benachteiligten Verhältnissen.
3. Berufliche Möglichkeiten durch EU-Programme und -Projekte bekannter machen: Jugendliche sollen besser über Möglichkeiten der persönlichen, sozialen und beruflichen Weiterentwicklung informiert werden.
4. Die Jugendperspektive bzw. -politik soll in alle relevanten Politikbereiche der EU durchgehend einbezogen werden, im Einklang mit der EU-Jugendstrategie 2019-2027.

**„Die Ideen und Zukunftsvisionen junger Menschen sollen besonders stark in die Konferenz zur Zukunft Europas einfließen und einen Beitrag dazu leisten, das Europa von morgen zu gestalten.“**

Das Europäische Jahr der Jugend soll schließlich auch eng mit der Konferenz zur Zukunft Europas verbunden sein, bei der junge Menschen eine zentrale Rolle spielen.<sup>19</sup> So sind die europäischen BürgerInnenforen und Plenarversammlungen der EU-Zukunftskonferenz zu einem Drittel mit jungen

Bundeskanzleramt Österreich

19) [https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-erzielt-einigung-zum-europaischen-jahr-der-jugend-2022-2021-12-07\\_de](https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-erzielt-einigung-zum-europaischen-jahr-der-jugend-2022-2021-12-07_de)



Menschen besetzt.<sup>20</sup> Die Ideen und Zukunftsvisionen junger Menschen sollen besonders stark in die Konferenz zur Zukunft Europas einfließen und einen Beitrag dazu leisten, das Europa von morgen zu gestalten. Laut einer vom „Europäischen Jugendportal“ im Zeitraum 22. Oktober bis 22. November 2021 EU-weit durchgeführten Online-Umfrage gab die Mehrheit der befragten Jugendlichen (58,8 Prozent) auch an, einen aktiven Beitrag zum Europäischen Jahr der Jugend leisten zu wollen.<sup>21</sup>

Konkrete Aktionen und Projekte im Rahmen des Europäischen Jahres der Jugend werden auf der Website des Jugendportals in einer eigenen Rubrik (Europäisches Jahr der Jugend 2022) veröffentlicht und laufend aktualisiert: [Was ist das Europäische Jahr der Jugend? | European Youth Portal \(europa.eu\)](#). Auf einer interaktiven Karte sind sämtliche Veranstaltungen und Aktivitäten, die EU-weit geplant sind, zu sehen. Die Website bietet jungen Menschen darüber hinaus die Möglichkeit, sich mit anderen Jugendlichen auszutauschen und an Aktivitäten in ganz Europa teilzunehmen.

**„Aus Sicht des Europäischen Jugendforums sollte allerdings gewährleistet werden, dass das Jahr der Jugend über 2022 hinaus einen dauerhaften positiven Einfluss auf das Leben junger Menschen in Europa hat.“**

Das Europäische Jugendforum<sup>22</sup> als Vertretung der Interessen der europäischen Jugendlichen steht dem Europäischen Jahr der Jugend wenig überraschend positiv gegenüber.<sup>23</sup> Aus Sicht des Europä-

ischen Jugendforums sollte allerdings gewährleistet werden, dass das Jahr der Jugend über 2022 hinaus einen dauerhaften positiven Einfluss auf das Leben junger Menschen in Europa hat. Ferner stellt das Europäische Jugendforum die folgenden Forderungen, um das Jahr der Jugend zu einem Erfolg zu machen:<sup>24</sup>

- Einführung eines EU-Jugend-Checks: Ein sogenannter „Jugend-Check“ ist eine Beurteilungsmethode, welche die EU einsetzen sollte um sicherzustellen, dass alle EU-Gesetzesvorschläge positive Auswirkungen auf junge Menschen haben. Jugendliche sollten in diese Beurteilung eingebunden sein. In Österreich werden Gesetzesvorhaben bereits seit 2013 auf ihre Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche überprüft.<sup>25</sup>
- Verbot unbezahlter Praktika: Unbezahlte Praktika sollten EU-weit verboten werden, um jungen Menschen unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern die Möglichkeit einzuräumen, ihr Potential voll auszuschöpfen und den Grundstein für ihre berufliche Karriere zu legen.
- Bessere Daten über junge Menschen: Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollten besseres statistisches Material über junge Menschen und ihre Erfahrungen sammeln. Aktuell gibt es zu wenig verlässliche Informationen über altersbedingte Diskriminierung sowie die Herausforderungen, denen Jugendliche in ihrem täglichen Leben gegenüberstehen.
- Ein spezieller Fokus sollte auf dem Übergang von der Ausbildung in die Arbeitswelt liegen. Jugendlichen in ganz Europa fällt es schwer, bezahlte und würdevolle Arbeitsplätze zu finden. Nichtsdestotrotz hat die EU keine aktuellen Informationen darüber, wie viele junge

20) [2022 ist „Europäisches Jahr der Jugend“ - Bundeskanzleramt Österreich](#)

21) [Co-creation survey report.pdf \(europa.eu\)](#) EU-weite Online-Umfrage durchgeführt vom „Europäischen Jugendportal“ im Zeitraum 22. Oktober bis 22. November 2021.

22) Das Europäische Jugendforum ist die Plattform der nationalen Jugendvertretungen und der internationalen NGO Jugendorganisationen in Europa. Es vertritt die Interessen aller europäischen Jugendlichen.

23) [European Year of Youth | European Youth Forum](#)

24) [European Year of Youth | European Youth Forum](#)

25) [https://bjv.at/wp-content/uploads/2018/09/bjv\\_position\\_europa\\_2018\\_neu.pdf](https://bjv.at/wp-content/uploads/2018/09/bjv_position_europa_2018_neu.pdf)



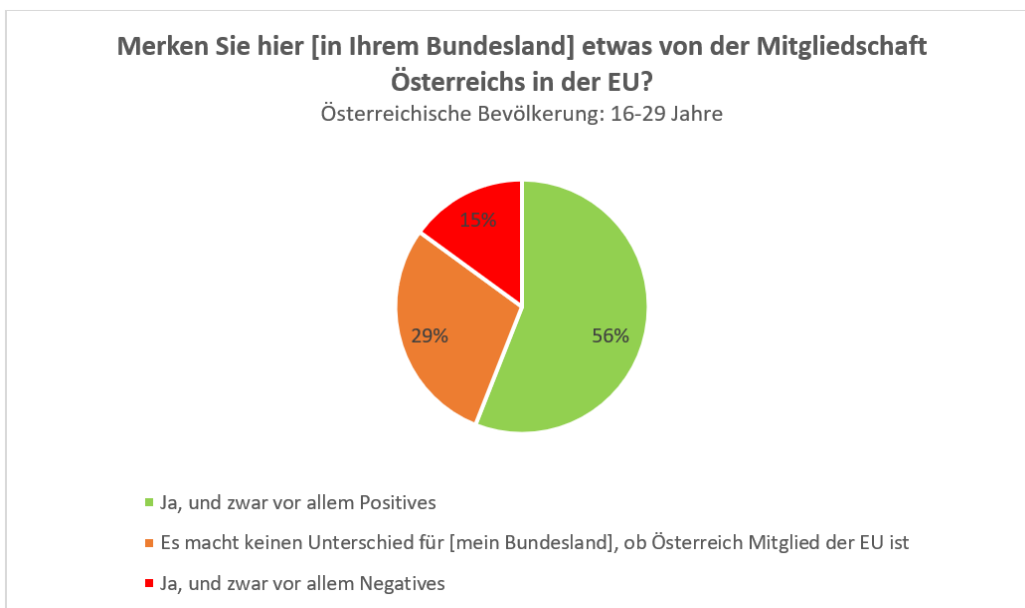
Menschen in der EU ein unbezahltes Praktikum absolvieren bzw. wie viele Jahre sie durchschnittlich ohne vollwertigen Arbeitsvertrag arbeiten müssen.

- Wählen ab 16: Alle Jugendlichen in der EU sollten das Recht haben, sich ab dem 16. Lebensjahr an Wahlen zu beteiligen. Gekoppelt an politische Bildung befähigt eine Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jugendliche dazu, ihre Zukunft mit zu gestalten. In Österreich wurde für österreichische StaatsbürgerInnen<sup>26</sup> das Wahlalter bereits 2007 auf 16 Jahre herabgesetzt.<sup>27</sup>

die Möglichkeit haben, sich in (politische) Entscheidungsprozesse einzubringen. Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollten junge Menschen regelmäßig konsultieren und die daraus resultierenden Ergebnisse auch berücksichtigen.

### Wie stehen Österreichs Jugendliche zur Zukunft der EU?

Aktuelle Umfragedaten der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) und der Europäischen Kommission (EK) zeigen, dass Österreichs Jugendliche gegenüber der EU und auch der Konferenz zur Zukunft Europas mehrheitlich



- Steigerung der Jugendbeteiligung in (politischen) Entscheidungsprozessen: Junge Menschen aus allen sozialen Schichten – insbesondere diejenigen mit schlechteren Chancen und aus benachteiligten Verhältnissen – sollten

durchaus positiv eingestellt sind.<sup>28</sup> Mehr als die Hälfte (56 Prozent) der 16 bis 29-Jährigen geben etwa

26) Nicht österreichische EU-BürgerInnen mit Hauptwohnsitz in Österreich haben die Möglichkeit, an Gemeinderatswahlen (außer Wien), Bezirksvertretungswahlen teilzunehmen und die österreichischen Mitglieder des Europäischen Parlaments oder die Abgeordneten ihres Herkunftsmitgliedstaates zu wählen.

27) [https://bjv.at/wp-content/uploads/2018/09/bjv\\_position\\_europa\\_2018\\_neu.pdf](https://bjv.at/wp-content/uploads/2018/09/bjv_position_europa_2018_neu.pdf)

28) Im Zeitraum 8. Juni bis 5. Oktober 2021 haben die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) und die Vertretung der Europäischen Kommission (EK) in Österreich – mit Unterstützung des [Zukunftsfonds der Republik Österreich](#) – in neun Bundesländerumfragen das Meinungsbild zur Europäischen Union und zur EU-Zukunftsdebatte erfasst. Die Umfragen wurden von market ([www.market.at](http://www.market.at)) in Form von Online-Erhebungen durchgeführt, wobei bei jeder Einzelumfrage 600 Personen pro Bundesland befragt wurden. Die Ergebnisse der Umfragen wurden kumuliert (Sample 5 400 Befragte) und sind repräsentativ für die österreichische Bevölkerung nach Alter (16



an, dass die EU-Mitgliedschaft v. a. Positives für das jeweilige Heimatbundesland gebracht hat. Lediglich 15 Prozent sind hingegen der Meinung, dass die EU-Mitgliedschaft in erster Linie negative Auswirkungen auf das jeweilige Herkunftsbundesland hatte. Für 29 Prozent „macht es keinen Unterschied, ob Österreich EU-Mitglied ist oder nicht.“<sup>29</sup>

59 Prozent der österreichischen Jugendlichen bewerten die EU-Mitgliedschaft vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie als vorteilhaft für Österreich. Für nur 19 Prozent ist die EU-Mitgliedschaft unseres Landes vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie eher ein Nachteil, für 16 Prozent macht es keinen Unterschied.<sup>30</sup>

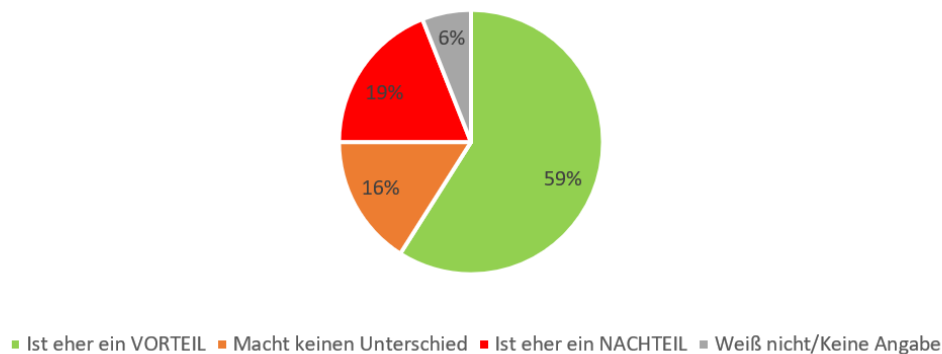
### Befürwortung der EU-Mitgliedschaft im Bundesländervergleich

Im Bundesländervergleich befürworten die Wiener Jugendlichen die Mitgliedschaft Österreichs in der EU mit Abstand am stärksten. So geben ein wenig mehr als drei Viertel der 16 bis 29-Jährigen an, dass die EU-Mitgliedschaft für Wien v. a. Positives gebracht hat.<sup>31</sup> An zweiter Stelle kommen die Jugendlichen der Steiermark, wo 68 Prozent der Meinung sind, dass Österreichs EU-Mitgliedschaft für die Steiermark v. a. positiv zu bewerten ist.<sup>32</sup>

In Tirol, aber auch in Niederösterreich, zeigen sich die Jugendlichen besonders skeptisch, wenn

#### Ist es für Österreich in Zeiten der Corona-Pandemie Ihrer Meinung nach eher ein Vorteil, dass unser Land Mitglied der Europäischen Union ist, ist es eher ein Nachteil oder macht es im Großen und Ganzen keinen Unterschied?

Österr. Bevölkerung: 16-29 Jahre



es um Österreichs Mitgliedschaft in der EU geht. So sind in Niederösterreich nur rund ein Drittel der 16 bis 29-Jährigen von den positiven Auswirkungen der EU auf ihr Bundesland überzeugt.<sup>33</sup> Lediglich 31

bis 79 Jahre), Geschlecht, Region und Bildung (maximale statistische Schwankungsbreite +/- 1,36 Prozent). [https://www.oegfe.at/wp-content/uploads/2022/03/Ergebnisse\\_OeSTERREICH-GESAMT.pdf](https://www.oegfe.at/wp-content/uploads/2022/03/Ergebnisse_OeSTERREICH-GESAMT.pdf)

29) [https://www.oegfe.at/wp-content/uploads/2022/03/Ergebnisse\\_OeSTERREICH-GESAMT.pdf](https://www.oegfe.at/wp-content/uploads/2022/03/Ergebnisse_OeSTERREICH-GESAMT.pdf)

30) [https://www.oegfe.at/wp-content/uploads/2022/03/Ergebnisse\\_OeSTERREICH-GESAMT.pdf](https://www.oegfe.at/wp-content/uploads/2022/03/Ergebnisse_OeSTERREICH-GESAMT.pdf)

31) [https://www.oegfe.at/projekte/eu-zukunftsdebatte/umfrage\\_wien/](https://www.oegfe.at/projekte/eu-zukunftsdebatte/umfrage_wien/)

32) <https://www.oegfe.at/umfragen/steiermark/>

33) [https://www.oegfe.at/projekte/eu-zukunftsdebatte/umfrage\\_noe/](https://www.oegfe.at/projekte/eu-zukunftsdebatte/umfrage_noe/)



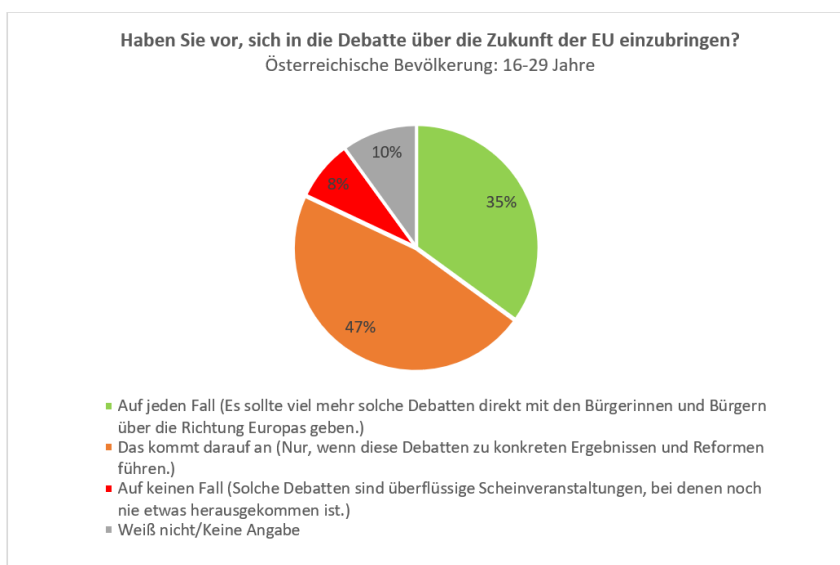
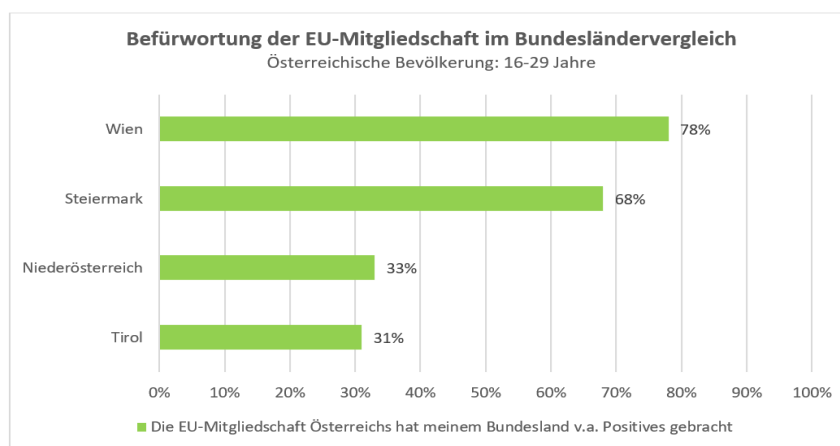
Prozent der 16 bis 29-Jährigen in Tirol geben an, dass die EU-Mitgliedschaft für Tirol v. a. Positives gebracht hat. Fast genauso viele junge TirolerInnen, nämlich 26 Prozent, sind der Ansicht, dass die EU-Mitgliedschaft auf ihr Bundesland in erster Linie negative Auswirkungen hatte.<sup>34</sup>

österreichische Jugend interessiert, wenn auch in geringerem Ausmaß. So wollen sich 35 Prozent der Befragten im Alter von 16 bis 29 Jahren auf jeden Fall in die Debatte zur Zukunft Europas einbringen, lediglich 8 Prozent schließen eine Teilnahme kategorisch aus. Beinahe die Hälfte der befragten Jugendlichen wollen sich nur beteiligen, wenn „diese Debatten zu konkreten Ergebnissen und Reformen führen“.<sup>35</sup>

### Teilnahme an der Konferenz zur Zukunft Europas

Auch an der Konferenz zur Zukunft Europas (kurz: EU-Zukunftskonferenz) zeigt sich die

**„Auch an der Konferenz zur Zukunft Europas zeigt sich die österreichische Jugend interessiert, wenn auch in geringerem Ausmaß.“**



34) <https://www.oegfe.at/umfragen/tirol/>

35) [https://www.oegfe.at/wp-content/uploads/2022/03/Ergebnisse\\_OeSTERREICH-GESAMT.pdf](https://www.oegfe.at/wp-content/uploads/2022/03/Ergebnisse_OeSTERREICH-GESAMT.pdf)



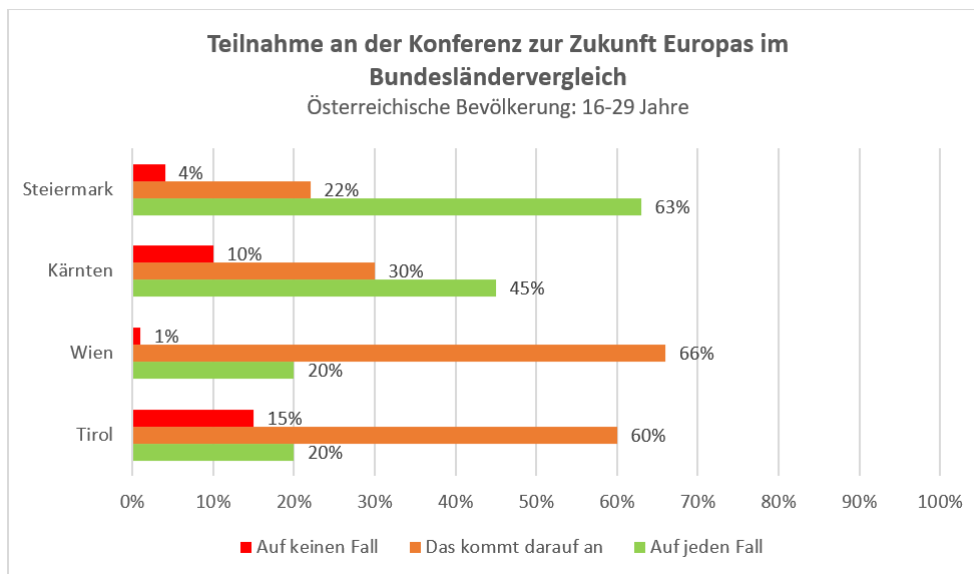


### Teilnahme an der Konferenz zur Zukunft Europas im Bundesländervergleich

Im Bundesländervergleich haben hier mit Abstand die jungen SteirerInnen die Nase vorn, wenn es darum geht, sich an der Konferenz zur Zukunft Europas zu beteiligen. 63 Prozent der 16 bis 29-Jährigen SteirerInnen geben an, sich auf jeden Fall an der EU-Zukunftskonferenz beteiligen zu wollen. 22 Prozent wollen sich nur dann einbringen, wenn die Debatten auch zu konkreten Ergebnissen und Reformen führen und lediglich 4 Prozent schließen eine Teilnahme an der EU-Zukunftskonferenz kategorisch aus.<sup>36</sup> Auch in Kärnten stehen die Jugendlichen der Debatte über die Zukunft der EU relativ positiv gegenüber. So wollen sich 45 Prozent der KärntnerInnen im Alter von 16 bis 29-Jahren auf jeden Fall daran beteiligen. 30 Prozent machen eine Beteiligung davon abhängig, ob die EU-Zukunfts-

konferenz zu konkreten Ergebnissen führt und 10 Prozent wollen sich auf keinen Fall einbringen.<sup>37</sup>

In Wien und Tirol hingegen sind die jungen Menschen gegenüber der EU-Zukunftskonferenz eher skeptisch eingestellt. Die Mehrheit der Befragten will sich in diesen beiden Bundesländern nur dann an der Debatte beteiligen, wenn am Ende des Tages auch tatsächlich etwas dabei herauskommt. So geben lediglich 20 Prozent der WienerInnen im Alter von 16 bis 29 Jahren an, dass sie sich unbedingt in die EU-Zukunftskonferenz einbringen wollen. 66 Prozent machen es davon abhängig, ob diese zu konkreten Ergebnissen führt und lediglich 1 Prozent lehnt eine Teilnahme kategorisch ab.<sup>38</sup> Auch in Tirol wollen sich nur 20 Prozent der befragten Jugendlichen auf jeden Fall in die EU-Zukunftskonferenz einbringen. 60 Prozent machen es vom Ergebnis der Konferenz abhängig und 15 Prozent möchten auf keinen Fall daran teilnehmen.<sup>39</sup>



36) <https://www.oegfe.at/umfragen/steiermark/>

37) <https://www.oegfe.at/projekte/eu-zukunftsdebatte/oegfe-ek-umfrage-kaernten/>

38) <https://www.oegfe.at/projekte/eu-zukunftsdebatte/umfrage-wien/>

39) <https://www.oegfe.at/umfragen/tirol/>

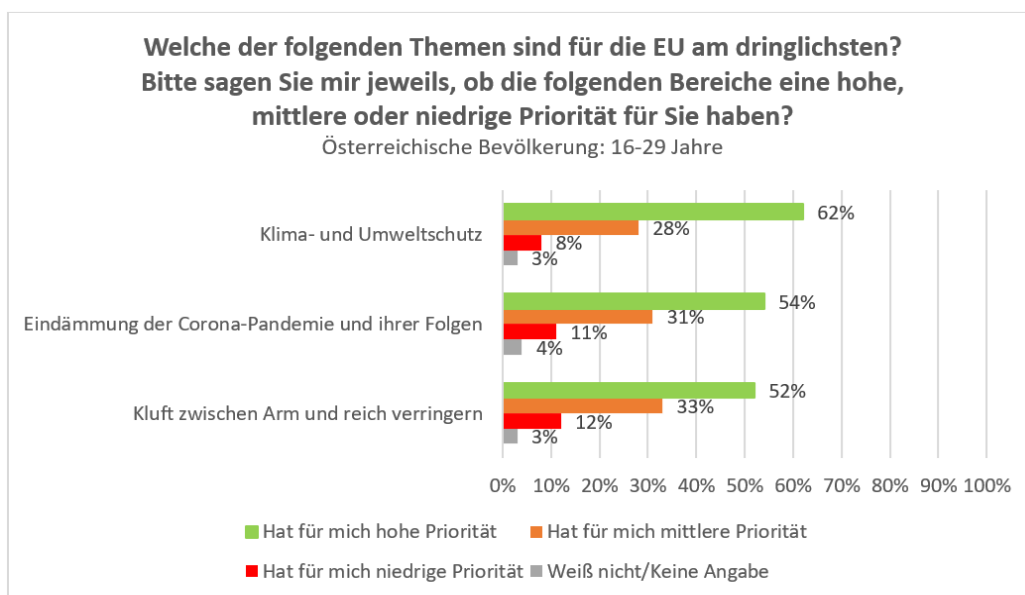


### Welche Themen sollte die EU vorrangig behandeln?

Geht es nach Österreichs Jugendlichen, so ist „Klima- und Umweltschutz“ jenes Thema, dem sich die EU aktuell am vordringlichsten widmen sollte. Laut der aktuellen ÖGfE/EK-Umfrage geben 62 Prozent der 16 bis 29-Jährigen an, dass diese Thematik für die EU „hohe Priorität“ haben sollte. Für 28 Prozent der befragten Jugendlichen sollte „Klima- und Umweltschutz“ für die EU „mittlere Priorität“ einnehmen, für 8 Prozent „niedrige Priorität“.<sup>40</sup> An zweiter Stelle steht „die Eindämmung der COVID-19-Pandemie und ihrer Folgen“. 54 Prozent der 16 bis 29-Jährigen möchten, dass sich die EU vorrangig dieser Thematik widmet. Für 31 Prozent hat das Thema „mittlere Priorität“, für 11 Prozent „niedrige Priorität“.<sup>41</sup> Die „Verringerung der Kluft zwischen Arm und Reich“ kommt bei den österreichischen

ser Thematik eine „hohe Priorität“ einräumt. 33 Prozent messen diesem Thema „mittlere Priorität“ bei, 12 Prozent „niedrige Priorität“.<sup>42</sup>

Bereits weniger als die Hälfte der jüngsten Befragten setzen „eine gemeinsame EU-Asyl und Migrationspolitik“ ganz oben auf ihre Prioritätenskala. Allerdings hat diese Thematik für 42 Prozent der 16 bis 29-Jährigen „mittlere Priorität“, für 12 Prozent niedrige Priorität.<sup>43</sup> 40 Prozent der befragten Jugendlichen ist „die Stärkung der Demokratie auf EU-Ebene“ ein Anliegen, dem die EU ihre volle Aufmerksamkeit widmen müsste. Für 43 Prozent hat dieses Thema „mittlere Priorität“, für 11 Prozent „niedrige Priorität“.<sup>44</sup> Die „Stärkung der globalen Rolle der EU“ ist für die jüngsten Befragten der ÖGfE/EK-Umfrage eher nachrangig. Für lediglich 21 Prozent hat sie „hohe Priorität“, jedoch für 48 Prozent „mittlere Priorität“. 25 Prozent sehen in einer Stärkung der glo-



Jugendlichen an dritter Stelle. Knapp mehr als die Hälfte (52 Prozent) wünschen sich, dass die EU die-

40) [https://www.oegfe.at/wp-content/uploads/2022/03/Ergebnisse\\_OeSTERREICH-GESAMT.pdf](https://www.oegfe.at/wp-content/uploads/2022/03/Ergebnisse_OeSTERREICH-GESAMT.pdf)

41) [https://www.oegfe.at/wp-content/uploads/2022/03/Ergebnisse\\_OeSTERREICH-GESAMT.pdf](https://www.oegfe.at/wp-content/uploads/2022/03/Ergebnisse_OeSTERREICH-GESAMT.pdf)

42) [https://www.oegfe.at/wp-content/uploads/2022/03/Ergebnisse\\_OeSTERREICH-GESAMT.pdf](https://www.oegfe.at/wp-content/uploads/2022/03/Ergebnisse_OeSTERREICH-GESAMT.pdf)

43) [https://www.oegfe.at/wp-content/uploads/2022/03/Ergebnisse\\_OeSTERREICH-GESAMT.pdf](https://www.oegfe.at/wp-content/uploads/2022/03/Ergebnisse_OeSTERREICH-GESAMT.pdf)

44) [https://www.oegfe.at/wp-content/uploads/2022/03/Ergebnisse\\_OeSTERREICH-GESAMT.pdf](https://www.oegfe.at/wp-content/uploads/2022/03/Ergebnisse_OeSTERREICH-GESAMT.pdf)



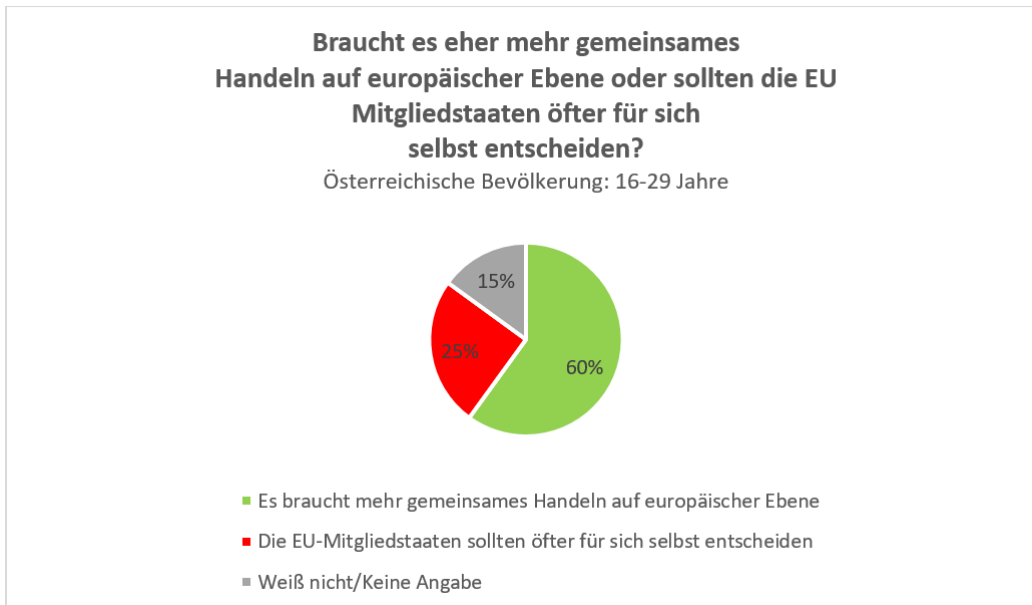
balen Rolle der EU kein vorrangiges Thema.<sup>45</sup> Nur 16 Prozent sind schließlich der Ansicht, dass die EU sich dafür einsetzen sollte, „die Rolle der Regionen in der EU zu stärken“. Weitaus mehr, nämlich 54 Prozent, messen diesem Thema allerdings „mittlere Priorität“ bei, 26 Prozent „niedrige Priorität“.<sup>46</sup>

Österreichs Jugendliche treten darüber hinaus für ein Mehr an gemeinsamen Entscheidungen auf EU-Ebene ein: 60 Prozent sprechen sich dafür aus, dass mehr gemeinsames Handeln auf europäischer Ebene erforderlich wäre. Demgegenüber wollen lediglich 25 Prozent der 16 bis 29-Jährigen, dass künftig die EU-Mitgliedstaaten öfter für sich selbst entscheiden.<sup>47</sup>

## EU-Stimmung aufgreifen und vom Reden ins Tun kommen

**„Der jugendliche Elan und Gestaltungswille sowie die Motivation der Jugendlichen, sich an der Konferenz zur Zukunft Europas zu beteiligen, sollten allerdings auch in konkrete Ergebnisse münden.“**

Die grundsätzlich positive Einstellung der österreichischen Jugend zur EU-Mitgliedschaft Österreichs und ihre nach wie vor relativ hohe Bereitschaft, sich an der Konferenz zur Zukunft Europas aktiv zu beteiligen, sind Signale, die optimistisch stimmen sollten. Auf Basis der Umfragedaten kann davon ausgegan-



gen werden, dass das Europäische Jahr der Jugend mitsamt den geplanten Aktivitäten von den österreichischen Jugendlichen gut angenommen werden könnte. Der jugendliche Elan und Gestaltungswille sowie die Motivation der Jugendlichen, sich an der Konferenz zur Zukunft Europas zu beteiligen, sollten allerdings auch in konkrete Ergebnisse münden.

Auf inhaltlicher Ebene wäre es wichtig auf die von den Jugendlichen genannten Prioritäten einzugehen. Laut oben genannter Umfrage ist für die Ju-

45) [https://www.oegfe.at/wp-content/uploads/2022/03/Ergebnisse\\_OeSTERREICH-GESAMT.pdf](https://www.oegfe.at/wp-content/uploads/2022/03/Ergebnisse_OeSTERREICH-GESAMT.pdf)

46) [https://www.oegfe.at/wp-content/uploads/2022/03/Ergebnisse\\_OeSTERREICH-GESAMT.pdf](https://www.oegfe.at/wp-content/uploads/2022/03/Ergebnisse_OeSTERREICH-GESAMT.pdf)

47) [https://www.oegfe.at/wp-content/uploads/2022/03/Ergebnisse\\_OeSTERREICH-GESAMT.pdf](https://www.oegfe.at/wp-content/uploads/2022/03/Ergebnisse_OeSTERREICH-GESAMT.pdf)



gendlichen in Österreich „Klima- und Umweltschutz“ jenes Thema, dem sich die EU aktuell am vordringlichsten widmen sollte. Diese Hauptpriorität überschneidet sich mit Zielsetzung Nummer eins des Europäischen Jahres der Jugend, wo es darum geht den Jugendlichen aufzuzeigen, welche Chancen der grüne aber auch der digitale Wandel für junge Menschen bieten. Auch die Eindämmung der COVID-19-Pandemie und ihrer Folgen bzw. die physische und mentale Gesundheit sind für junge Menschen in Österreich von besonderer Bedeutung und sollten darum auch im Kontext des Europäischen Jahres der Jugend aufgegriffen werden und zu konkreten sowie nachhaltigen Maßnahmen führen.

Entsprechend der zweiten eingangs genannten Zielsetzung des Europäischen Jahres der Jugend, nämlich die (politische) Partizipation und das Engagement von Jugendlichen zu fördern, wäre es ein konkreter erster Schritt, wenn jungen Menschen in der gesamten EU verbesserte politische Mitbestimmungsmöglichkeiten eingeräumt würden. Nachdem politische Partizipation in repräsentativen Demokratien in erster Linie über die Beteiligung an Wahlen funktioniert, sollte – nach österreichischem Vorbild – eine Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre auch in anderen EU-Ländern angedacht werden. Die Herabsetzung des Wahlalters sollte von einer Strategie zur dauerhaften Einbindung der Jugendlichen in den politischen Prozess begleitet werden. Zentrale Bedeutung könnte dabei dem Fach „Politische Bildung“ zukommen, welches an Schulen stärker verankert werden sollte – indem man es beispielsweise als eigenständiges Unterrichtsfach etabliert. Dabei geht es konkret darum, Jugendlichen bereits in der Schule ein grundlegendes Verständnis von politischen Prozessen und Zusammenhängen zu vermitteln, um so wissensbasiertes politisches Entscheiden und Handeln zu ermöglichen.<sup>48</sup>

Um der Stimme der Jugendlichen mehr Gewicht zu verleihen und sie stärker in den politischen Ge-

staltungsprozess einzubinden, könnten überdies „Jugendquoten“ eingeführt werden – vorstellbar zumindest für das Europäische Parlament. Das Durchschnittsalter der EU-Abgeordneten der aktuellen Legislaturperiode liegt derzeit bei 49,5 Jahren.<sup>49</sup>

Eine Möglichkeit der dritten Zielsetzung, nämlich berufliche Möglichkeiten durch EU-Programme und -Projekte bekannter zu machen, konkret Gestalt zu verleihen, wäre beispielsweise das Vorhaben der österreichischen Bundesregierung, alle 15- bis 20-Jährigen einmal während ihrer Ausbildung nach Brüssel zu den EU-Institutionen reisen zu lassen.<sup>50</sup> Die Umsetzung dieses Bestrebens könnte dazu beitragen, die nächste Generation für europäische Politik zu sensibilisieren, ihr Interesse an der europäischen Demokratie zu wecken und sie auf diese Weise in die Weiterentwicklung der EU einzubinden. Gelingt die Umsetzung dieses ambitionierten Bildungsprojektes, könnte es ebenfalls europaweit Schule machen und zugleich das neue EU-Programm ALMA mit Leben füllen.<sup>51</sup>

Schließlich sollten auch die von den Jugendlichen selbst formulierten Forderungen – nach Möglichkeit – umgesetzt werden, damit das Jahr der Jugend über 2022 hinaus einen positiven Einfluss auf das Leben junger Menschen in Europa hat. Besonders nachhaltig wäre die Einführung des „EU-Jugend-Checks“, mit dem sichergestellt werden soll, dass alle europäischen Gesetze positive Auswirkungen auf Jugendliche haben. Aber auch ein EU-weites Verbot unbezahlter Praktika und die Verbesserung der Datenlage über Jugendliche und ihre Erfahrungen wären Forderungen, deren Umsetzung sich sicherlich lohnen würde.

48) [Wählen ab 16 in Österreich - ein Erfolgsmodell für ganz Europa? - Österreichische Gesellschaft für Europapolitik \(oegfe.at\)](#)

49) [Zahlen und Fakten zur neuen Legislaturperiode | Aktuelles | Europäisches Parlament \(europa.eu\)](#)

50) [Dokument - Das Regierungsprogramm zum Downloaden - Wiener Zeitung Online](#)

51) [Next Generation EU: Die Europa-Hauptstadt Brüssel für Jugendliche erlebbar machen - Österreichische Gesellschaft für Europapolitik \(oegfe.at\)](#)



Das Europäische Jahr der Jugend und auch die Konferenz zur Zukunft Europas sollten jedenfalls unter dem Motto „A little less talk, a lot more action“ stehen. Die europäischen Institutionen und auch die nationalen Regierungen müssen in allen inhaltlichen Bereichen vom Reden ins Tun kommen sowie konkrete Ergebnisse liefern und zwar mit dem Ziel, die europäische Glaubwürdigkeit – insbesondere bei der Jugend – zu stärken. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen ist eine handlungsfähige und -willige EU notwendiger denn je. Die sicherheitspolitischen Entwicklungen in Europa und die Folgen des russischen Kriegs gegen die Ukraine werden auch das Leben der jungen Menschen über viele Jahre hinaus spürbar beeinflussen.



## Über die AutorInnen

**Mag.a Johanna Edthofer** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Projektmanagerin an der ÖGfE. Sie studierte Politikwissenschaft an der Universität Wien, sowie am Institut d'études politiques de Paris. Sie ist verantwortlich für die Wanderausstellung EUROPA #wasistjetzt und das Abstimmungsmonitoring der österreichischen Abgeordneten zum Europäischen Parlament.

Kontakt: [johanna.edthofer@oegfe.at](mailto:johanna.edthofer@oegfe.at)

**Mag. Paul Schmidt** (\*1975) ist seit September 2009 Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE). Davor war er für die Oesterreichische Nationalbank in Wien und in Brüssel tätig. Er studierte Internationale Beziehungen, Politikwissenschaften und Publizistik an Universitäten in Österreich, Spanien und den USA und ist Alumni der Diplomatischen Akademie in Wien.

Kontakt: [paul.schmidt@oegfe.at](mailto:paul.schmidt@oegfe.at)

## Über die ÖGfE

Die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) ist ein parteipolitisch unabhängiger Verein auf sozialpartnerschaftlicher Basis. Sie informiert über die europäische Integration und steht für einen offenen Dialog über aktuelle europapolitische Fragen und deren Relevanz für Österreich. Sie verfügt über langjährige Erfahrung im Bezug auf die Förderung einer europäischen Debatte und agiert als Katalysator zur Verbreitung von europapolitischen Informationen.

### ISSN 2305-2635

Die Ansichten, die in dieser Publikation zum Ausdruck kommen, stimmen nicht unbedingt mit jenen der ÖGfE oder jener Organisation, für die die AutorInnen tätig sind, überein.

### Schlüsselwörter

Jugend, EU, Österreich, COVID-19-Pandemie, Konferenz zur Zukunft Europas, EU-Mitgliedschaft, Partizipation

### Zitation

Edthofer, J., Schmidt, P. (2022). *Das Europäische Jahr der Jugend: A little less talk, a little more action!* Wien. ÖGfE Policy Brief, 07'2022

### Impressum

Österreichische Gesellschaft für Europapolitik  
Rotenhausgasse 6/8-9  
A-1090 Wien, Österreich

**Generalsekretär:** Mag. Paul Schmidt

**Verantwortlich:** Dr. Susan Milford-Faber

Tel.: +43 1 533 4999

E-Mail: [policybriefs@oegfe.at](mailto:policybriefs@oegfe.at)

[Website - ÖGfE Policy Briefs](https://www.oegfe.at/policy-briefs)